

Parteienbühne

Bürgerpaket oder doch eher Bonzenpaket?

Aus der Sicht der VU sei es dringend angezeigt, Familien steuerlich zu entlasten. Hierbei will die VU nach eigenen Aussagen den unteren Mittelstand und Geringverdiener, die angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten immer stärker auf Unterstützung angewiesen sind, entlasten.

Die Freie Liste teilt die Ansicht voll und ganz, dass Geringverdiener und der (untere) Mittelstand entlastet werden müssen. Jedoch ist es bereits vor der Überweisung des Postulats zur sogenannten steuerlichen Ent-

lastung von Familien augenscheinlich, dass es nicht gelingen kann, Geringverdiener und den unteren Mittelstand über das Steuergesetz zu entlasten. Ganz einfach, weil laut der aktuellsten Steuerstatistik aus dem Jahr 2016 rund 43 Prozent der steuerpflichtigen natürlichen Personen zwischen 0 und 1000 Franken an direkten Steuern bezahlen. Die Abzüge für Kinder sowie für Aus- und Weiterbildungskosten zu erhöhen, hätte also logischerweise für ca. diese Hälfte der Bevölkerung fast keinen bis überhaupt kei-

nen Effekt. Denn wo es keinen Spielraum für zusätzliche Abzüge gibt, kann nichts abgezogen werden. Hingegen würden die höheren Abzüge in der Steuererklärung logischerweise bei den Grossverdienern und den Vermögenden voll durchschlagen und ihre Steuerlast mindern. Mit dem Vorschlag der VU werden also vor allem Begüterte entlastet und die Staatseinnahmen massgeblich verringert. Hingegen werden ganz sicher nicht Geringverdienende und der (untere) Mittelstand entlastet. Das VU-Bürgerpaket

als soziale Massnahme für Familien und den unteren Mittelstand anzupreisen, ist nichts als eine Werbemasche.

Wer die Bevölkerung zielgenau entlasten will, der muss bei den unsozialen Kopfprämien für die Krankenkassen ansetzen. Dort zahlt die Einkommensmillionärin gleich viele Franken wie der Spengler. Dies kann über erwerbsabhängige Krankenkassenprämien geschehen, wie es die Freie Liste seit Jahren vorschlägt. Oder über eine substantielle Erhöhung des Staatsbeitrags an die OKP, die über

Steuern finanziert sind. Dadurch würden Geringverdiener und Mittelstandsfamilien und gerade solche mit Kindern in Ausbildung, die meist schon die volle Krankenkassenprämie bezahlen müssen, effektiv und zielgenau entlastet.

Die VU schlägt mit ihrem Postulat das krasse Gegenteil vor: Die VU will Gutverdiener und Reiche entlasten und dadurch die Staatseinnahmen verringern, die dann genau wieder dort fehlen würden – nämlich bei der Entlastung des Mit-

telstandes. Entlastet würden zudem sicher die VU-Fraktionsmitglieder, die samt und sonders nicht zu den 42 Prozent derjenigen gehören, die es sich leider nicht leisten können, massgeblich direkte Steuern zu bezahlen. Im Bürgerpaket ist also ganz etwas anderes drin als was draufsteht! Es entpuppt sich immer mehr als «Reichenförderung». Wie denken Sie darüber? Schreiben Sie uns auf info@freieliste.li

Eine Stellungnahme der Landtagsfraktion der Freien Liste

Leserbrief

Sport bewegt

Sport bewegt und wir wollen in Liechtenstein etwas mitbewegen. Die DU hat sich bewegt und das Referendum ergriffen. Der LSV war stets bemüht, in dem «Abstimmungskampf» sachlich zu informieren. Der FIS-Präsident hat sich bewegt und ist gerne nach Liechtenstein gekommen, um die Sicht der FIS darzustellen. Wir haben uns sehr gefreut und sagen «Danke». Wir danken allen die uns unterstützen, aber auch uns mit sachlichen Gegenargumenten weiter gebracht und bewegt haben. Sollten wir ein «Ja» bekommen, werden wir versuchen, diesen Bedenken bestmöglich Rechnung zu tragen.

Alexander Ospelt
LSV-Präsident

Tour de Ski: Peinlicher Abstimmungskampf

Durch die rosarote Langlaufbrille schauend, hat Markus Schaper behauptet, dass wir alle sehr viel von der Austragung der zwei Langlaufrennen im Städtle hätten. Für ihn gibt es keine Sportinteressierte oder

Leute, die andere Alltagssorgen haben, zum Beispiel: Wie zahle ich die Krankenkasse? Wie die Wohnung? Menschen, die hart arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, oder Pensionisten, die keine Pensionskasse haben, die jeden Franken zweimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben. All diese Leute und noch viele mehr wüssten Besseres mit einer Million anzufangen, als ein Langlaufrennen im Städtle Vaduz zu veranstalten.

Da kommt mir Büxli simpler Vergleich, 800 000 Franken seien «Münz und Peanuts», immer wieder in den Sinn.

Es fällt auf, dass man von der Umweltministerin Hasler nichts hört, obwohl gerade um den Umweltschutz heftig gestritten wird. Ich habe das Gefühl, die Umweltministerin darf auf Wunsch (Geheiss?) des Sportministers ihr Amt nicht ausüben, wie es sich gehören würde.

Was mich an der Abstimmungskampagne des LSV aber am meisten stört, ist der Slogan #wirsindja, denn dieser ist abgekupfert, und zwar von Verbindungen, die sich beim einen oder anderen Unglück oder Verbrechen mit den Opfern solidarisieren wollen. (Bekannt wurden z.B. der Solidarisierungsspruch «Ich bin Charlie» nach dem brutalen Terrorakt in Paris und der #metoo Hashtag, unter welchem Frauen, die Opfer sexueller Übergriffe wurden, zusammenstehen.) Der LSV stellt sich also als Opfer dar und bittet bei den Stimmberechtigten, sich mit dem armen LSV gegen die bösen «Neinsager» zu verbünden. Was für ein völlig überzogener, geschmackloser Einfall! Kommt wohl vom LSV-PR-Mann Martin Matt. An Peinlichkeit wurde das nur noch von der Regierung übertroffen, als sie sich für ihre Podiumsdiskussion, die sie dann Tage lang über den Landeskanaal ausstrahlte, diesen geschmacklosen Slogan auch noch aufdrücken liess.

Jack Quaderer
Feldkircherstrasse 33, Schaan
Mitglied des Referendumskomitees
«Tour de Ski vor's Volk»

Grossteil der Kosten bringt der LSV auf

Jack Quaderer hat in seinem Leserbrief eine ganze Reihe von Sparmassnahmen der Regierung in den vergangenen Jahren aufgelistet. Erhalten wir diese Leistungen, wenn wir Nein zur Tour de Ski sagen? Selbstverständlich nicht. Das Gegenteil wird der Fall sein. Wenn wir nun

auch wieder Nein sagen zur Tour de Ski, wird diese Liste nur länger und für jedes zukünftige Projekt, egal, ob im sozial-, gesundheits- oder bildungspolitischen Bereich die Latte höher. Sagen wir hingegen Ja, so wird es auch für die Regierung ein Zeichen sein, die Sparschraube zu lockern. Das Land hat im Jahr 2017 Steuereinnahmen in der Höhe von 874 Millionen Franken zuzüglich dem positiven Finanzergebnis von 160 Millionen Franken und Erträge aus betrieblicher Tätigkeit von 11 Millionen Franken gesamthaft also Einnahmen im Jahr 2017 von 1,045 Milliarden Franken. Pro Tag sind dies abgerundet 2,863 Millionen Franken. Die 400 000 Franken für die Tour de Ski sind damit in den ersten vier Stunden des Jahres verdient. Zu berücksichtigen gilt es des Weiteren, dass das Budget für einen Anlass rund 1,08 Millionen Franken ist. Das Land trägt 400 000 Franken bei. Der Grossteil der Kosten hat also der LSV aufzubringen. Es ist beschämend, wenn sich die DU über soviel ehrenamtliches Engagement lächerlich macht. Im Gegenteil, es verdient unseren Respekt.

Anja Meier-Eberle
Gebhardstorkel 7, Schaan

Regierung will am Migrationspakt festhalten

Der Landtag darf offenbar anlässlich seiner Dezembersitzung noch seine Meinungen zum Migrationspakt kundtun. Weder die Aussenpolitische Kommission des Landtages, noch der Gesamtlandtag wurde über den Migrationspakt nach seiner Ausfertigung zeitnah informiert. Den Eliten der UNO ist klar, dass sich zur Zeit an einem verpflichtenden Vertrag über die Steuerung der Massenmigration noch mehr Zielländer nicht beteiligen würden. Dafür gütigen ja nicht, dass die Eliten in den Regierungen unterschreiben, es müssten Parlamente öffentlichkeitswirksam zustimmen, wodurch breite Teile der Bevölkerung hellhörig würden. Da bietet sich ein «Soft-Law-Pakt» als eine listige Lösung an. Eine Abstimmung des Landtages scheint ja auch bei uns, in dieser bedeutenden Frage, nicht in Betracht zu kommen, da es sich, man höre und staune, nicht um einen rechtsverbindlichen Vertrag handle. Es kann sich abzeichnen, dass sich die Exekutive, wie in einer Diktatur über die Volksvertretung hinwegzusetzen versucht. Das Konstrukt des «Soft Law» ist dem deutschen Recht fremd. Es stammt aus dem

Anglo-Amerikanischen. Damit sind sogenannte nicht-bindende, empfehlende Erklärungen gemeint. Sie werden vor allem von internationalen Organisationen (OSZE, OECD, UNO etc.) gebraucht. So haben einige Resolutionen der UN-Generalversammlung auch wesentlichen Anteil an der verhältnismässig raschen Entstehung von Gewohnheitsrecht – Eine These, die auch vom Internationalen Gerichtshof bestätigt wird. Man erinnere sich an die schwarzen und grauen Listen der OECD, wenn es um die Bekämpfung der Steuerhinterziehung geht. Obwohl rechtlich nicht bindend, überprüft auch hier ein Gremium, ob die verschiedenen Staaten die OECD-Standards zuverlässig umsetzen. Drohungen und Einschüchterungen waren auch bei uns im Spiel. Auch die FATF zur internationalen Bekämpfung der Geldwäscherei beruft sich auf «Soft Law». So hat die Schweiz und wir auf Druck mittlerweile weltweit die schärfsten Geldwäschereigesetze. Der «Soft-Law-Pakt» der UN ist in seiner vordergründlichen Unverbindlichkeit keine harmlose Ideensammlung. Unter Bezug auf die Menschenrechte werden detaillierte Forderungen gestellt.

Es stellt sich die Frage, wie gefährlich es wird, wenn sogenannte NGOs «Soft-Laws» in «Hard-Laws» umsetzen. Warum die vierjährigen Kontrollberichte an die UN, wo festgelegt werden soll, was an den sogenannten «nichtverbindlichen» Zusagen denn bereits umgesetzt wurde? Es ist zu hoffen, dass im Landtag ein Vorstoss unternommen wird.

Die Liechtensteiner wollen den Migrationspakt nicht.

Ulrich Hoch
Grüschaweg 11, Triesenberg

Migrationspakt zerstört Nationalstaaten

Beim «Liechtenstein Dialog» von 2013 im Vaduzer Saal hatte Ursula Plassnik, die österreichische Botschafterin in Paris, als Gastrednerin gesagt, die «Zeit, als Nationalstaaten ihre eigenen Regeln aufstellen konnten, sei definitiv vorbei». Also FL-Souveränität ade! Plassnik hatte dabei betont, dass, Zitat, «jedes Land Teil des «Welt dorfs» werden sollte. («Vaterland», Seite 7, 19. Januar 2013). Zeit, aufzuwachen! Bereits damals nämlich bestand der düstere Plan, einen «Weltstaat» ohne Grenzen zu errichten – so auch jetzt: Unter anderem mit Hilfe des gefährlichen, anti-nationalen UNO-Migrationspakts. In einem Interview im Deutschlandradio (dradio.de) vom 13. November 2018 warnte Prof. Reinhard Merkel (emeritierter Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Uni Hamburg), Zitat: «Er [d.h. der UNO-Migrationspakt] wird eine ganze Reihe – auch rechtlicher, völkerrechtlicher – Wirkungen entfalten. [...] [Man fragt sich], warum eine Vereinbarung geschlossen wird, wenn man [absurderweise] dazu sagt, die solle aber keinerlei Wirkung haben! [...] Wie diese Ziele umgesetzt werden, bleibt Sache der

Staaten. Dass sie [die Ziele] umzusetzen sind, wird [jedoch] verbindlich! Das ist die suggestive Irreführung, die ich derzeit erlebe bei solchen [Pro-Pakt]-Bekundungen von Seiten der Regierung. [...] Wir werden [wegen des Pakts] neue Migrationswellen kriegen, wir sollten uns also der Problematik bewusst sein! [...] Er [der Pakt] wird auch bei uns Wirkung entfalten! Wir können nicht einfach so tun, dass nach dem Abschluss dieser Vereinbarung in Deutschland [bzw. in anderen Pro-Migrationspakt-Ländern] ganz souverän entschieden werden kann! [...] Dies alles, was an Argumentation derzeit vorgetragen wird, ist nicht konsistent, nicht kohärent. [...] Der Pakt tut so, als kämen dann legal nur Migranten, die hier problemlos in der Gesellschaft ihren Platz finden können. Das ist nicht der Fall. [...] Der Pakt erkennt an, dass sich Parallelgesellschaften [«Diasporas»] bilden werden. Das ist ein Riesensproblem. Das enthält kulturellen Sprengstoff, religiösen Sprengstoff – wir erleben das alles jetzt. [...] Wir werden [als Folge des Pakts] hochproblematische soziale Reibungssituationen kriegen.» Ende Zitat.

Obige Warnungen des deutschen Rechtsprofessors gelten auch uns. Frage: Wollen unsere Politiker als Landesverteidiger und Volksvertreter oder aber als Landeszerstörer und Volksverräter in die Geschichte Liechtensteins eingehen? – Nein zum UNO-Migrationspakt.

Urs Kindle
Runkelsstr. 17, Triesen

ROLF SCHUBIGER

KÜCHE
BAD
RAUM

Mehr erfahren auf
rolf-schubiger.ch

**HOL DIR EIN GANZES JAHR ABENTEUER
MIT NUR EINER KARTE**

MONTAFON BRANDNERTAL CARD

Erhältlich an den offiziellen Vorverkaufsstellen, den geöffneten Bergbahnkassen und auf montafon-brandnertal-card.at.